



Programm und Forderungen

1. Weg mit dem Feminismus!

Der Feminismus ist eine männerverachtende und totalitäre Ideologie, welche sich tief in die Gesellschaft hinein gefressen hat und mit Demokratie und verfassungsmässigen Rechten unvereinbar ist. **Unser Ziel ist daher die vollständige Beseitigung der feministischen Ideologie aus Politik und Öffentlichkeit.**

Die von Feministen propagierte Gleichstellung ist nichts weiter als gewöhnliche Machtpolitik auf Kosten der Männer und mit der in der Bundesverfassung festgeschriebenen Gleichberechtigung von Männern und Frauen und dem Diskriminierungsverbot aufgrund des Geschlechts unvereinbar.

Es ist ein gesetzgeberisches Unding, wenn in einem Verfassungsartikel sowohl die Gleichberechtigung als auch die dazu im Widerspruch stehende Gleichstellung vorgeschrieben wird. **Wir fordern deshalb die Streichung des Gleichstellungsartikels aus der schweizerischen Bundesverfassung und somit auch die Abschaffung jeglicher Gleichstellungspolitik. Sämtliche Gleichstellungsbüros sind zu schliessen.**

Wir fordern eine für Behörden und Justiz bindende und widerspruchsfreie Verfassung mit individuell einklagbaren Rechten, unabhängig vom Geschlecht und somit ein Ende von ideologischen Gruppenrechten, wie sie der Feminismus propagiert. Das Recht auf Gleichbehandlung vor dem Gesetz wurde vom Bundesgericht bezüglich der männlichen Bürger seit dessen Einführung im Jahr 1981 systematisch missachtet. Die sog. „Gleichstellung“ wurde, ebenfalls völlig willkürlich, nur Frauen eingeräumt. Der gegenwärtig existierende Justizapparat hat sich für den Schutz der verfassungsmässigen Rechte aller Bürger als völlig untauglich erwiesen. **Wir fordern daher eine radikale Justizreform.**

2. Stärkung von Väterrechten!

Kinder gehören gleichberechtigt beiden Eltern. Kinder haben ein Recht auf Umgang mit beiden Elternteilen von Geburt an. Der Vater hat nach feministischer Logik keine Rechte an seinen Kindern, sondern lediglich (finanzielle) Verpflichtungen. **Wir akzeptieren die feministische Haltung in Bezug auf Kinder („Mein Bauch gehört mir“) und die daraus entstehende Willkür nicht.**

Entweder wird Abtreibung für werdende Mütter vollständig verboten. Oder der Vater erhält ein Mitspracherecht bei einer allfälligen Abtreibung.

Oder er selbst verfügt von Anfang an über das Recht der Vaterschaftsverweigerung. Auch soll ein angeblicher Vater die Möglichkeit erhalten, zu jedem Zeitpunkt ohne Einverständnis der Mutter einen Vaterschaftstest durchführen und von allen Verpflichtungen gegenüber einem ihm untergeschobenen Kind Abstand nehmen zu können.

Kinder brauchen Vater und Mutter im gleichen Ausmass, wenn sie zu gesunden und ausgeglichen Männern und Frauen aufwachsen sollen. **Wir fordern das gemeinsame Sorge- und Obhutsrecht auch für unverheiratete und geschiedene Väter und Mütter. Wir fordern die konsequente Bestrafung von Elternentfremdung und der Verweigerung von Besuchsrechten in den Fällen, wo ein Elternteil auf das Sorge- und Obhutsrecht verzichtet und dieses dem anderen Partner freiwillig überlässt.**

3. Anerkennung der traditionellen Familie mit Vater, Mutter und Kinder als unabdingbares Fundament der Stabilität und des Fortbestandes unserer Gesellschaft!

Der Feminismus betreibt (nicht zuletzt mit Hilfe staatlicher Monopolgewalt) aktiv die Zerstörung der Familie. Die Folgen sind verheerend: Die Reproduktionsrate der Schweizer Bevölkerung ist unter die Erhaltungsschwelle gesunken und Familien brechen auseinander, weil Scheidungen für Frauen im Gegensatz zu Männern ohne grosse Nachteile bleiben. **Wir fordern, dass der Staat nicht mehr aus ideologischen Motiven in das familiäre Geschehen eingreifen darf.**

Insbesondere fordern wir die Abschaffung von sog. „Gewaltschutzgesetzen“. Polizeistaatliche Massnahmen, welche auch noch gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe gerichtet sind und die den Rechtsgrundsatz der Unschuldsvermutung über Bord werfen, widersprechen elementarsten rechtsstaatlichen Prinzipien.

4. Ein neues Scheidungsrecht muss her!

Nach heutigem Recht entsteht dadurch, dass sich eine Frau während der Ehe vom Mann versorgen liess, ein weiterer Versorgungsanspruch der Frau gegenüber dem Mann nach der Ehe. Dies ist mindestens so absurd, wie wenn ein Mann, nachdem er die Rolle als Versorger während der Ehe freiwillig übernommen hat, hinterher seine Versorgungsleistungen zurückfordern könnte.

Wir verstehen die Ehe als freiwillige Verbindung zwischen zwei erwachsenen und mündigen Menschen. Die Rollen, auf die sich die Ehepartner im Rahmen ihrer Ehe einigen, sind als Resultat einer freien und selbstgetroffenen Wahl zu betrachten und nicht als „Aufopferung“. **Nach der Scheidung hat deshalb grundsätzlich kein Partner mehr etwas vom anderen zugute und beide sollen zurück behalten, was sie eigenhändig während der Ehe erwirtschaftet haben. Männer und Frauen sollen beide nach einer Scheidung wieder für ihr eigenes Auskommen sorgen, wie es sich für moderne, selbstverantwortliche Menschen gehört.**

Wer eine Scheidung veranlasst, soll selbstverständlich verursachergerecht auch für die Kosten aufkommen.

5. Weg mit Kinderalimenten!

Kinder sind keine Unbill, sondern eine einmalige Bereicherung! **Einigen sich die Ehepartner nach der Trennung bzw. Scheidung aus freien Stücken das alleinige Sorge- und Obhutsrecht eines Partners, soll der sorge- bzw. obhutsrechtsberechtigte Expartner minimale oder auf freiwilliger Basis Kinderalimente erhalten.** Durch diese Massnahme wird gleichzeitig dem Missbrauch von Kindern als Geldquelle ein Riegel geschoben.

6. Weg mit den Quotentanten!

Geschlechter-Quoten widersprechen dem Prinzip der individuellen Freiheit und verstossen gegen die Schweizerische Bundesverfassung, welcher die Begünstigung einer Person alleine aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit verbietet. Quoten führen dazu, dass das Leistungsprinzip ausgehebelt wird. Das Kollektivrecht wird mit Quoten vor das Individualrecht gestellt. Die Kompetenz einer Person soll darüber entscheiden, ob sie eine Position einnehmen soll, nicht ihr Geschlecht. **Wir fordern deshalb, dass inoffizielle und offizielle Frauenquoten abgeschafft werden.**

7. Schluss mit Umerziehungsversuchen an Männern!

Staatliche Umerziehungsprogramme und Manipulationsversuche sind mit dem Gedanken eines freiheitlichen Rechtsstaats und souveränen, mündigen Bürgern unvereinbar.

Wir bekämpfen staatliche Umerziehungsversuche zum „Neuen Mann“ wie auch jede andere Art von Geschlechterpolitik. Eine solche Politik ist totalitär.

8. Weg mit der feministischen Ideologie im Bildungswesen!

Buben werden bei der Notengebung, die einseitig auf Mädchen fokussierten Selektionsfaktoren und bei den Empfehlungen fürs Gymnasium durch feministisch beeinflusste Lehrkräfte benachteiligt.

Der Unterricht an unseren Schulen wird Buben nicht gerecht. Zudem erhalten „weiche“ Fächer und Sprachen ein zu grosses Gewicht, während Mathematik, Technik und die Naturwissenschaften vernachlässigt werden. Dies führt zu einem immer grösser werdenden Mangel an Ingenieuren und Fachkräften.

Die Verweiblichung der Schulen hat langfristig und nachhaltig desaströse Auswirkungen auf die Wirtschaft und das innovative Potenzial unseres Landes. **Wir fordern daher die Beseitigung der genannten Missstände und die Streichung der Mädchenförderungen an Schulen.**

Die völlig unwissenschaftlichen Studiengänge zu Geschlechterfragen (sog. „Gender-Studies“) haben an den Universitäten nichts verloren und sind abzuschaffen. Entsprechende Bachelor-, Master- und Professorentitel sind abzuerkennen, da sie den falschen Anschein einer wissenschaftlichen Ausbildung vermitteln.

9. Kampf dem Genderismus!

Wir lehnen den Genderismus in Form von Gender Mainstreaming und Gender Studies rigoros ab. **Wir bekämpfen Gender Mainstreaming, welches Männer und Frauen zu geschlechtslosen Neutren umerziehen will und schleichend auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen eingeführt wird.**

Indem Geschlechter lediglich als beliebig veränderbare Konstruktionen betrachtet werden, sollen sie nach ideologischen Vorstellungen umgeformt werden. So soll der Weg zur frühkindlichen Sexualerziehung, zur Legalisierung von Pädophilie, der politischen Homosexualität und zur endgültigen Demontage der traditionellen Familie vorbereitet werden.

Gender Mainstreaming wird von Gleichstellungsbüros auch als Legitimitätsfassade für hemmungslose Frauenförderung benutzt, indem dieses Konzept nach aussen hin so dargestellt wird, als würde es beide Geschlechter gleichermaßen berücksichtigen.

Wir wollen, dass der Genderismus in all seinen Facetten verdrängt wird. Insbesondere soll er staatlichen Stellen, Behörden und staatlich finanzierten Institutionen untersagt werden.

10. Gleiche Rechte und Pflichten in Sachen Wehrpflicht!

Wahre Gleichberechtigung besteht darin, dass in allen gesetzlichen Bereichen für beide Geschlechter die gleichen Rechten und Pflichten vorgesehen sind und dass niemand alleine wegen seines Geschlechts vom Staat bevorzugt behandelt wird. Deshalb dürfen Frauen nicht länger von der gesetzlichen Militär- und Zivildienstpflicht ausgeschlossen werden und sollen genauso wie Männer obligatorisch Dienst leisten. **Wir fordern deshalb obligatorische Wehrpflicht für Männer und Frauen oder die Freiwilligkeit des Wehrdienstes für alle.**

11. Gleichberechtigung bei den Renten für Mann und Frau!

Eine weitere handfeste und damit verfassungswidrige Diskriminierung der Männer alleine aufgrund des Geschlechts ist das ungleiche, staatliche Rentenalter, welches den Pensionseintritt für Frauen ein Jahr früher vorsieht als für Männer, welche eine im Schnitt fünf Jahre kürzere Lebenserwartung haben. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass Frauen sechs Jahre länger die Rente finanziert wird. **Wir fordern daher gleiches Rentenalter für Mann und Frau.**

12. Schliessung von Frauenhäusern und Ersatz durch ideologiefreie Opferhäuser!

Männer und Frauen sind im gleichen Ausmass von häuslicher Gewalt betroffen, wie Hunderte von seriösen wissenschaftlichen Studien nachweisen.

Frauenhäuser sind weitgehend steuerfinanzierte Orte des institutionalisierten Männerhasses, in denen Frauen von Feministinnen beraten werden, wie sie ihren Mann finanziell ruinieren können und wie sie sich verhalten müssen, um das alleinige Sorgerecht für die Kinder zu erhalten.

Viele Frauen flüchten aus egoistischen Beweggründen ins Frauenhaus und bezichtigen ihre Männer fälschlicherweise der häuslichen Gewalt, um den Umgang des Vaters mit seinen Kindern zu vereiteln und um sich eine bessere Ausgangssituation in Sorgerechts- und Unterhaltsstreitigkeiten zu schaffen. **Deshalb fordern wir die Schliessung aller Frauenhäuser.**

Für echte Opfer häuslicher Gewalt fordern wir die Schaffung von ideologiefreien Opferhäusern für beide Geschlechter.

13. Weg mit dem schwachsinnigen Sprachfeminismus!

Wie jede andere totalitäre Ideologie, versucht auch der Feminismus die Sprache zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Unter dem Vorwand, einen vermeintlichen, sprachlichen Sexismus zu beseitigen, wird Sexismus bewusst in den Sprachgebrauch eingeführt, in dem maskuline Formen verdrängt und durch feminine Formen oder Neutren ersetzt werden. Dem Genus eines jeden Wortes wird ein nicht vorhandener Zusammenhang mit dem biologischen Geschlecht unterstellt, so dass ein unnötiges Politikum rund um unangebrachte Sensibilitäten einer Minderheit von Frauen entsteht. Nicht nur die Ästhetik leidet, die Anwendbarkeit wird mühsamer und die Sprache verliert die Fähigkeit, gewisse Sachverhalte logisch korrekt darzustellen, wenn jedes Wort im feministischen Sinne biologisch geschlechtlich verstanden wird. Diese Verpolitisierung der Sprache ist genauso wie der Genderismus in seinem Wesen totalitär und gehört somit abgeschafft.

Wir fordern deshalb, dass die staatlichen Organe, die Universitäten und Medien aufhören, die Sprache aus feministischen Motiven heraus zu verschandeln. Stattdessen ist zur ideologiefreien Orthographie zurückkehren.

Juni 2011 – Version 1.0

